



Rechtsanwälte  
Gansel Rechtsanwälte

Telefon: 03876 717-0  
Telefax: 03876 717-199

Auskunft erteilt: Frau [REDACTED]  
Durchwahl: 03876 717-225

Sprechzeiten:  
Mo.: 09.00 bis 12.00 Uhr  
Di.: 09.00 bis 12.00 Uhr und 15.00 bis 17.00 Uhr  
Do.: 09.00 bis 12.00 Uhr

## Ihr Zeichen

**Bitte bei Antwort angeben**  
**Akten- / Geschäftszeichen**  
**11 C 368/21**

Datum  
23.08.2022

## In dem Rechtsstreit

[REDACTED] ./. [REDACTED], C.  
 wg. Forderung

Sehr geehrte Damen und Herren Rechtsanwälte,  
anbei erhalten Sie eine beglaubigte Abschrift des Urteils vom 11.08.2022 und eine Abschrift  
des  
Urteils vom 11.08.2022.

Mit freundlichen Grüßen

Justizbeschäftigte

**Datenschutzhinweis:** Durch das Gericht werden die für die Bearbeitung des gerichtlichen Verfahrens erforderlichen Daten elektronisch gespeichert und verarbeitet. Weitere Informationen können Sie der Internetpräsentation des Gerichts entnehmen.

Hausanschrift: Amtsgericht Perleberg,  
[REDACTED]  
Verkehrsanbindung: Bus, Haltestelle [REDACTED]  
[REDACTED] ca. 10 Minuten Fußweg

**Amtsgericht Perleberg**

- [REDACTED] -

Amtsgericht Perleberg, [REDACTED]



**Im Namen des**

□ □      □ □

## Urteil

- Klägerin -

- Beklagter -

1. Die Klage wird abgewiesen.
2. Die Klägerin hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.
3. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar. Die Klägerin kann die Vollstreckung des Beklagten durch Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des aufgrund des Urteils vollstreckbaren

Betrags abwenden, wenn nicht der Beklagte vor der Vollstreckung Sicherheit in Höhe von 110 % des zu vollstreckenden Betrags leistet.

## Beschluss

Der Streitwert wird auf 1.021,00 € festgesetzt.

## Tatbestand

Die Klägerin macht gegen den Beklagten Schadensersatz in Höhe der ihr entstandenen vorgerichtlichen Anwaltskosten geltend.

Der Beklagte erwarb bei der Klägerin ein Fahrzeug mit dem Motor EA288. Mit anwaltlichem Schreiben aus Februar 2021 erklärte der Beklagte den Rücktritt vom Kaufvertrag und forderte die Klägerin auf, ihm den Kaufpreis Zug-um-Zug gegen Rückgabe des Fahrzeuges zu erstatten. Die Klägerin wies die Beklagtenforderung mit anwaltlichem Schreiben vom März 2021 zurück, wofür ihr von der hiesigen Prozessbevollmächtigten der Klägerin Anwaltsgebühren für die außergerichtliche Tätigkeit in Höhe der geltend gemachten Forderung in Rechnung gestellt wurden.

Die Klägerin behauptet, sie habe die ihr in Rechnung gestellten Gebühren bereits gezahlt. Sie ist ferner der Auffassung, dass ihr diese Kosten aufgrund einer unberechtigten Inanspruchnahme seitens des Beklagten entstanden seien. Der Beklagte habe insbesondere aufgrund der falschen Annahme eines Mangels seine Rücksichtnahmepflicht verletzt. Das streitgegenständliche Fahrzeug sei nicht von einem Rückruf des [REDACTED] betroffen gewesen.

Die Klägerin beantragt,

den Beklagten zu verurteilen, an sie 1.021,00 € nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz ab Rechtshängigkeit zu zahlen.

Der Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Der Beklagte ist der Auffassung, dass zum einen bereits keine grundsätzliche Erstattungspflicht

von außergerichtlichen Rechtsanwaltskosten aufgrund einer unberechtigten Inanspruchnahme bestehen würde. Zudem könne man nicht davon ausgehen, dass dem Beklagten gegen die Klägerin keine Forderung zustehen würde. Der Beklagte habe aber jedenfalls eine etwaige Pflichtverletzung nicht zu vertreten.

Die Parteien haben mit Schriftsätzen vom 27.05.2022 (Bl. 113 d. A.) und vom 07.06.2022 (Bl. 116 d. A.) einer Entscheidung im schriftlichen Verfahren zugestimmt.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die zwischen den Parteien gewechselten Schriftsätze sowie auf die zur Akte gereichten Unterlagen Bezug genommen.

## Entscheidungsgründe

Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.

Der Klägerin steht gegen den Beklagten ein Anspruch auf Zahlung der geltend gemachten Forderung unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt zu. Der einzig in Frage kommende Anspruch auf Schadensersatz aufgrund der Verletzung der Pflicht zur Rücksichtnahme aus dem zwischen den Parteien geschlossenen Kaufvertrag gemäß §§ 241 Abs. 2, 280, 433 BGB scheidet aus, denn der Beklagte hat jedenfalls eine etwaige Pflichtverletzung nicht zu vertreten.

Eine Vertragspartei, die von der anderen Vertragspartei etwas verlangt, das ihr nach dem Vertrag nicht geschuldet ist, oder ein Gestaltungsrecht ausübt, das nicht besteht, verletzt grundsätzlich ihre Pflicht zur Rücksichtnahme nach § 241 Abs. 2 BGB. Danach hat jede Vertragspartei auf die Rechte und Interessen der anderen Partei Rücksicht zu nehmen. Zu diesen Rechten und Interessen gehört auch das Interesse des Schuldners, nicht in weitergehendem Umfang in Anspruch genommen zu werden als in dem Vertrag vereinbart (vgl. BGH, Urteil vom 16. Januar 2009 – V ZR 133/08 –, BGHZ 179, 238-249). Ob dem Beklagten aufgrund der Geltendmachung der Mangelhaftigkeit des Fahrzeuges trotz eines fehlenden Rückrufs des [REDACTED] eine Pflichtverletzung angelastet werden kann, kann jedoch [REDACTED] offen [REDACTED] bleiben. Seine Haftung nach § 280 Abs. 1 Satz 1 BGB scheidet jedenfalls aus, denn er hat nicht fahrlässig gehandelt und hat somit die Verletzung seiner Pflichten nach § 276 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 BGB nicht zu vertreten. Die Handlung des Gläubigers entspricht der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt, wenn er prüft, ob die Vertragsstörung auf eine Ursache zurückzuführen ist, die dem eigenen Verantwortungsbereich zuzuordnen ist und der eigene Rechtsstandpunkt mithin plausibel ist (vgl.

BGH, Urteil vom 23. Januar 2008 – VIII ZR 246/06 –, juris). Bleibt dabei ungewiss, ob tatsächlich eine Pflichtverletzung der anderen Partei vorliegt, darf der Gläubiger die sich aus einer Pflichtverletzung ergebenden Rechte geltend machen, ohne Schadensersatzansprüche wegen einer schuldhaften Vertragsverletzung befürchten zu müssen, auch wenn sich sein Verlangen im Ergebnis als unberechtigt herausstellt (vgl. BGH, Urteil vom 16. Januar 2009 – V ZR 133/08 –, BGHZ 179, 238-249).

Gemessen an diesen Anforderungen hat der Beklagte seinen Rücktritt ungeachtet dessen Berechtigung im vorliegenden Fall nicht zu vertreten. Bei dem streitgegenständlichen Fahrzeug handelt es sich um ein Fahrzeug, was mit dem Motor des Typs EA288 ausgestattet ist. Nach dem Bekanntwerden des sog. Abgasskandals und der nunmehr höchstrichterlich geklärten Haftungsfrage in Bezug auf die Motorreihe EA189 sind bei etlichen deutschen Gerichten Verfahren im Zusammenhang mit den Motoren der Reihe EA288 anhängig. Die oberlandesgerichtliche Rechtsprechung ist bis dato (und somit auch im Zeitpunkt des durch den Beklagten erklärten Rücktritts) nicht einheitlich (vgl. z. B. Ansprüche bejahend: Oberlandesgericht des [REDACTED], Urteil vom 9. April 2021 – 8 U 68/20 –, juris; Ansprüche ablehnend:

OLG Hamm, Urteil vom 29. Juni 2021 – 13 U 175/20 –, juris). Aufgrund der bisher fehlenden höchstrichterlichen Rechtsprechung zu etwaigen Schadensersatzansprüchen der Käufer der Fahrzeuge mit dem Motor EA288 erscheint die Annahme des Beklagten, in dem von ihm erworbenen Fahrzeug sei ebenso eine Abschaltvorrichtung verbaut, plausibel. Der Beklagte handelte bei der vorgerichtlichen Inanspruchnahme der Klägerin deswegen bereits nicht fahrlässig.

Die Entscheidung über die Kosten beruht auf § 91 Abs. 1 Satz 1 ZPO.

Die vorläufige Vollstreckbarkeit ergibt sich aus §§ 708 Nr. 11, 711 ZPO.

### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen die Entscheidung kann das Rechtsmittel der Berufung eingelegt werden. Die Berufung ist nur zulässig, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 600 Euro übersteigt oder das Gericht des ersten Rechtszuges die Berufung im Urteil zugelassen hat.

Die Berufung ist binnen einer Notfrist von **einem Monat** bei dem

Landgericht Neuruppin

[REDACTED]

einzulegen.

Die Frist beginnt mit der Zustellung der vollständigen Entscheidung, spätestens mit Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung der Entscheidung.

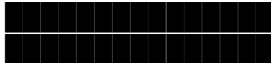
Die Berufung muss mit Schriftsatz durch eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt eingelegt werden. Die Berufungsschrift muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung und die Erklärung enthalten, dass Berufung eingelegt werde.

Die Berufung muss binnen zwei Monaten mit Anwaltsschriftsatz begründet werden. Auch diese Frist beginnt mit der Zustellung der vollständigen Entscheidung.

Gegen die Entscheidung, mit der der Streitwert festgesetzt worden ist, kann Beschwerde eingelegt werden, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 200 Euro übersteigt oder das Gericht die Beschwerde zugelassen hat.

Die Beschwerde ist binnen **sechs Monaten** bei dem

Amtsgericht Perleberg



einzulegen.

Die Frist beginnt mit Eintreten der Rechtskraft der Entscheidung in der Hauptsache oder der anderweitigen Erledigung des Verfahrens. Ist der Streitwert später als einen Monat vor Ablauf der sechsmonatigen Frist festgesetzt worden, kann die Beschwerde noch innerhalb eines Monats nach Zustellung oder formloser Mitteilung des Festsetzungsbeschlusses eingelegt werden. Im Fall der formlosen Mitteilung gilt der Beschluss mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gemacht.

Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle des genannten Gerichts. Sie kann auch vor der Geschäftsstelle jedes Amtsgerichts zu Protokoll erklärt werden; die Frist ist jedoch nur gewahrt, wenn das Protokoll rechtzeitig bei dem oben genannten Gericht eingeht. Eine anwaltliche Mitwirkung ist nicht vorgeschrieben.

Rechtsbehelfe können auch als **elektronisches Dokument** eingereicht werden. Eine einfache E-Mail genügt den gesetzlichen Anforderungen nicht.

Rechtsbehelfe, die durch eine Rechtsanwältin, einen Rechtsanwalt, durch eine Behörde oder durch eine juristische Person des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihr zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse eingereicht werden, sind **als elektronisches Dokument** einzureichen, es sei denn, dass dies aus technischen Gründen vorübergehend nicht möglich ist. In diesem Fall bleibt die Übermittlung nach den allgemeinen Vorschriften zulässig, wobei die vorübergehende Unmöglichkeit bei der Ersatzeinreichung oder unverzüglich danach glaubhaft zu machen ist. Auf Anforderung ist das elektronische Dokument nachzureichen.

Elektronische Dokumente müssen

- mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder
- von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg eingereicht werden.

Ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen ist, darf wie folgt übermittelt werden:

- auf einem sicheren Übermittlungsweg oder
- an das für den Empfang elektronischer Dokumente eingerichtete Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) des Gerichts.

Wegen der sicheren Übermittlungswege wird auf § 130a Absatz 4 der Zivilprozessordnung verwiesen. Hinsichtlich der weiteren Voraussetzungen zur elektronischen Kommunikation mit den Gerichten wird auf die Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung - ERVV) in der jeweils

geltenden Fassung sowie auf die Internetseite [www.justiz.de](http://www.justiz.de) verwiesen.

Slaviková  
Richterin

Verkündet am 11.08.2022

■■■■■■■■■■, Justizbeschäftigte  
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Beglaubigt

■■■■■■■■■■  
Justizbeschäftigte





# Informationsblatt

## zum elektronischen Rechtsverkehr

Der elektronische Rechtsverkehr ist seit dem 1. Januar 2018 in Brandenburg flächendeckend eröffnet. Stetig steigende Eingangszahlen elektronischer Nachrichten sind die Folge und sorgen für eine beschleunigte Verfahrensabwicklung. Um die elektronische Kommunikation weiter zu fördern, versenden auch immer mehr Gerichte über die EGVP-Infrastruktur.

**Dieser elektronischen Nachricht ist im vorliegenden Fall ein elektronisches Empfangsbekenntnis (eEB) beigelegt.**

Sie werden darauf hingewiesen, dass Sie gesetzlich verpflichtet sind bei der Rücksendung des elektronischen Empfangsbekenntnisses den strukturierten, maschinenlesbaren Datensatz, der Ihnen mit dem zugestellten Dokument zur Verfügung

gestellt wurde, zu verwenden (§ 173 Abs. 3 ZPO). Andernfalls muss nochmals förmlich an

Sie zugestellt werden, was erheblichen Mehraufwand, aber vor allem vermeidbare zusätzliche Kosten verursacht und zusätzlich zu Verfahrensverzögerungen führt.

**Sofern Sie ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach (beA) einsetzen, finden Sie auf Seite 2 dieses Informationsblattes Hinweise zur Abgabe des eEB.**

Bitte helfen Sie uns, die elektronische Kommunikation weiter zu etablieren, um auf diesem Weg Druckkosten und zusätzliche Aufwände zu vermeiden.

Vielen Dank!

denken Sie an die Umwelt und vermeiden Sie wenn möglich einen Ausdruck.



## Hinweise zur Abgabe eines elektronischen Empfangsbekenntnisses (eEB)

Die Rücksendung eines elektronischen Empfangsbekenntnisses (eEB) kann direkt über das besondere elektronische Anwaltspostfach (beA) vorgenommen werden.

Hat das Gericht ein eEB angefordert, wird in der geöffneten Nachricht oberhalb des Betreffs der Hinweis **Empfangsbekenntnis angefordert (1)** eingeblendet.

11 Arfmatan v rP Werttan C Marschizen - Markieren ab . v — Dnken ij Löschen v C Kemmentararsldln

vj Sonstige Funktionan V o Enatten V 6j Nachichaniouma



Absender:  
Empfänger:

Status Sigmaturprüfung:

Signaturen prüfen

Empfangsbekenninis 1 angelordert

Anzeigen

Abgabe erstellen

Ablehnung erstellen

Btreff

Nachrichtentyp:

Allgemeine Nachricht

Eigenes Aktenzeichen:

Aktenzeichen der Justiz

12JC 1214/17

Dringend

Zuprüfen

Gesendet

Zugrgangat

Erstellt con:

Letzte Änderung von:

Dateiname	Bezeichnung	Anhangstyp	Größe
qjutz_nachricht.xml		Strukturierte	KB

Quelle: Bundesrechtsanwaltskammer

Mit der Schaltfläche **Anzeigen (2)** kann der Inhalt des eEB eingesehen werden, wobei Sie hier lediglich einen technischen Datensatz angezeigt bekommen. Eine gesonderte PDF-Datei wird nicht mitversendet.

Mit der Schaltfläche **Abgabe erstellen (3)** wird die Rückantwort für das Gericht erzeugt.

Nach Eingabe des Zustellungsdatums kann der Datensatz automatisiert elektronisch zurückgesandt werden. Das Gericht erhält innerhalb weniger Minuten diesen Datensatz zur Weiterverarbeitung.

Sollten Sie das eEB nicht abgeben wollen, verwenden Sie bitte die Schaltfläche **Ablehnung erstellen (4)** und begründen Sie diese.

Eine detaillierte Anleitung zum Umgang mit dem eEB können Sie im Übrigen dem Newsletter der Bundesrechtsanwaltskammer Nummer 48/2017 vom 30. November 2017 entnehmen:

<https://www.brak.de/zur-rechtspolitik/newsletter/bea-newsletter/2017/ausgabe-48-2017-v-30112017.news.pdf>

(Sollte der Link nicht funktionieren, können Sie ihn kopieren und in Ihren Internetbrowser einfügen.)